

# Mehr Kinder dank Familiengeld?

**Mit einem familienpolitischen Massnahmenpaket soll die Bevölkerungsentwicklung künftig positiv beeinflusst werden. Der Löwenanteil der Fördermassnahmen entfällt auf ein Familiengeld für alle Kinder vom ersten bis zum dritten Lebensjahr.**

Von Heribert Beck

Mehr Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung soll das «Gesetz über demographische Massnahmen der Familienförderung» nach dem Willen von Familienministerin Rita Kieber-Beck bringen. Auf diese Weise soll das Gesetz, das sich noch bis zum 30. Juni in der Vernehmlassung befindet, jungen Paaren die Entscheidung für eigene Kinder erleichtern und somit wieder für höhere Geburtenraten in Liechtenstein sorgen.

## 82 Millionen Franken in zehn Jahren

Es handle sich beim Vorschlag der Regierung um ein ganzes Paket an Massnahmen, die in ihrem Zusammenspiel ihre Wirkung entfalten sollen, sagte Rita Kieber-Beck anlässlich des gestrigen Mediengesprächs der Regierung. Neben strukturellen Massnahmen, wie der Subventionierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung, und steuerlichen Vergünstigungen setzt das Massnahmenpaket auf ein sogenanntes Familiengeld von 600 Franken monatlich für alle Kinder vom ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr – unabhängig von den Einkommensverhältnissen der Eltern.

Die Gesamtkosten der familienpolitischen Massnahmen, die in zehn Jahren einer Evaluation unterzogen werden sollen, beziffert Regierungsrätin Kieber-Beck mit «unter zehn Millionen Franken pro Jahr». Über 80 Prozent der Kosten entfallen demnach auf die «demographische» Massnahme des Familiengeldes: Bei 1140 Kindern, welche in die entsprechende Altersklasse fallen (Stichtag 31. 12. 2006), ergeben sich alleine für diese finanzielle Massnahme Ausgaben von



**Familiengeld für alle:** Eine Familie mit zwei Kindern unter drei Jahren soll nach dem Willen der Regierung künftig 1200 Franken monatlich vom Staat erhalten – unabhängig vom Familieneinkommen.

Bild Bilderbox

knapp über 8,2 Millionen Franken pro Jahr.

## Erfolg nicht voraussagbar

Nicht in konkreten Zahlen ausdrücken lässt sich gemäss Familienministerin Kieber-Beck der erwartete Effekt aus dem Massnahmenpaket. «Aussagen darüber, wie wirksam familienpolitische Massnahmen sein werden, kann kein Land machen. Es ist aber notwendig, etwas zu unternehmen. Ich bin mir sicher, dass wir auf diese Weise Verbesserungen schaffen werden.»

Da die «demographische Massnahme» des Familiengeldes als Pauschalbetrag ausgezahlt werde und nicht als Versicherungs- oder Sozialleistung, sei gemäss dem von der Regierung hinzugezogenen rechtlichen Beistand ein Export der Leistungen ins Ausland derzeit nicht notwendig. Man wisse zwar nie, ob sich die rechtliche Lage ändere. Sollte sich die Situation dahingehend verändern, dass die Gelder exportiert werden müssten, bestünden allerdings Möglichkeiten, entsprechend zu rea-

gieren, sagte Regierungsrätin Kieber-Beck.

## Familienrat soll Strategie festlegen

Als weitere Massnahme im Sinne der Familienpolitik tagt Ende dieser Woche erstmals der neu ins Leben gerufene Familienrat. Er setzt sich zusammen aus Vertretern der Parteien sowie der involvierten Ämtern und Organisationen und besteht aus einem Leitungsgremium und einem Unterausschuss. Der Unterausschuss soll konkrete familienpolitische Ideen und Massnahmen entwickeln und prüfen sowie entsprechende Vorschläge zuhanden des Leitungsgremiums ausarbeiten. Letzteres wiederum gibt die langfristige strategische Ausrichtung vor, definiert für den Unterausschuss die konkreten Zielvorgaben und dient als Schnittstelle zur Regierung.

Der Familienrat sei im Vorfeld nicht in die Ausarbeitung der Vernehmlassungsvorlage einbezogen worden, da dies nicht in seinen Aufgabenbereich falle, so Regierungsrätin Kieber-Beck. Er werde den Bericht aber zur Kenntnisnahme erhalten.

SEITE 5